

Kooperation als Chance

Ministerialdirektor Jürgen Häfner, CIO des Landes Rheinland-Pfalz, spricht über die Bedeutung von Kooperationen beim E-Government, künftige Projekte und Trends bei der Verwaltungsmodernisierung sowie Veränderungen der Verwaltungsarbeit durch das Web 2.0.

Herr Häfner, Rheinland-Pfalz setzt beim E-Government auf Kooperation. Im Juli hat das Land eine intensivere Zusammenarbeit mit den Kammern im Bereich E-Government vereinbart. Was soll hier konkret erreicht werden?

Generell ist das Ziel der Kooperation, E-Government gerade mit Blick auf die Bedürfnisse der Wirtschaft weiter auszubauen und so den branchen- und nutzenorientierten Ansatz konsequent voranzubringen. Mit der Kooperationsvereinbarung wurde eine Grundlage zwischen dem Land und den teilnehmenden Kammern geschaffen, um gemeinsam Projekte zur Erreichung dieses Ziels durchzuführen und technische Infrastrukturen sowie Standards soweit wie möglich gemeinsam zu nutzen. Konkret gibt die Kooperationsvereinbarung den Kammern die Möglichkeit zur kostenfreien Nutzung der so genannten Virtuellen Poststelle (VPS), die vom Landesbetrieb Daten und Information (LDI) betrieben wird. Mit der VPS ist insbesondere eine rechtssichere Kommunikation der Kammern mit Dienststellen des Landes und der Kommunen möglich. Die Kammern haben sich im Gegenzug bereit erklärt, alle sie betreffenden Informationen in vom Land betriebenen Informationsportalen, wie dem „Bürger- und Unternehmens-

service Rheinland-Pfalz (bus.rlp.de)“, kontinuierlich zu aktualisieren und zu ergänzen.

Vorbild ist die Kooperation des Landes mit den Kommunen. Wie hat sich diese Zusammenarbeit entwickelt?

Als Beispiel möchte ich hier nur die technische Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie nennen, die insbesondere Anlass für die Kooperationsvereinbarung mit den Kommunen war. Die Richtlinie hat sich als wahrer Katalysator für die E-Government-Entwicklung erwiesen. Im Zuge der Umsetzung der EU-DLR wurde – ebenso wie jüngst den Kammern – allen Kommunen ein Postfach in der VPS zur elektronischen Verfahrensabwicklung zur Verfügung gestellt. Die Landesregierung, der LDI und der IT-Dienstleister der Kommunen, KommWis, haben diesen Prozess konstruktiv begleitet und die entsprechenden technischen, organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Damit haben wir mittlerweile jede kommunale Verwaltungsbehörde in die Lage versetzt, Verwaltungsverfahren auch auf ausschließlich elektronischem Weg rechtssicher abwickeln zu können.

Warum sind ebenenübergreifende Kooperationen für E-Government wichtig?

Die Aufgabenvielfalt der öffentlichen Verwaltung nimmt zu, gleichzeitig erleben wir eine Entgrenzung durch Globalisierung und Europäisierung. Hinzu kommen knapper werdende Ressourcen. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen werden ebenenübergreifende Kooperationen immer wichtiger, damit die Verwaltung auch künftig effektiv und effizient arbeiten kann. Das gilt insbesondere für das E-Government und die Nutzung gemeinsamer Standards. Hier ist es von Bedeutung, zunächst innerhalb Deutschlands eine einheitliche Vorgehensweise durch ebenenübergreifende Kooperationen zu erreichen. Der IT-Planungsrat und die jüngst von ihm verabschiedete Nationale E-Government-Strategie von Bund, Ländern und Kommunen werden dabei als Richtschnur eine entscheidende Rolle spielen.

Seit Anfang September ist die einheitliche Behördenrufnummer 115 auch in Rheinland-Pfalz erreichbar. Wie sehen hier die weiteren Planungen aus?



Jürgen Häfner

Das interkommunale D115-Service-Center der Stadt Trier und des Landkreises Trier-Saarburg wurde am 1. September eröffnet. Gleichzeitig wurde die D115-Projektcharta, welche die grundlegenden Aspekte der Zusammenarbeit im D115-Verbund festlegt, unterzeichnet. Damit trat das erste rheinland-pfälzische Service-Center dem bundesweiten D115-Verbund bei. Für die Zentralstelle für IT und Multimedia stellt dieses Projekt einen wichtigen Schritt zur weiteren Optimierung der Verwaltungsdienstleistungen dar. Darüber hinaus werden hiermit auch Möglichkeiten für organisatorische

Städte gemeldet und entsprechende finanzielle Unterstützung des Landes beantragt. Außerdem projektieren wir zusammen mit dem Bund, den Ländern Hessen und Baden-Württemberg sowie dem Verband der europäischen Metropolregion Rhein-Neckar den Aufbau eines grenzüberschreitenden D115-Service-Centers in der Metropolregion. Hierbei handelt es sich um ein Referenzprojekt der AG 3 des IT-Gipfels der Bundesregierung.

Wie ist Rheinland-Pfalz im Bereich E-Government im bundesweiten Vergleich aufgestellt?

senden Anforderungen anpassen. Wir werden uns dabei an der jüngst vom IT-Planungsrat verabschiedeten Nationalen E-Government-Strategie orientieren und diese bezogen auf die Bedürfnisse des Landes konkretisieren. In den kommenden Jahren wird bei den weiteren Planungen vor allem der schonende Umgang mit vorhandenen Ressourcen, sei es Personal oder Finanzen, im Bereich der Landes- und Kommunalverwaltung eine zunehmende Rolle spielen. Kooperationen über Ländergrenzen hinweg werden dabei immer wichtiger. Konkret werden der weitere Aufbau von D115 in Rheinland-Pfalz und der Ausbau

„Verwaltungsmodernisierung begreifen wir in Rheinland-Pfalz als einen ständigen Prozess.“

und technische Verbundstrategien zur effizienteren Nutzung der IT-Infrastrukturen ausgeschöpft. Das äußert sich beispielsweise darin, dass die datenschutzgerechte Kommunikation mit anderen Service-Centern über das vom Land betriebene rlp-Netz erfolgt, die Weiterleitung von Service-Tickets über die Virtuelle Poststelle des Landes abgewickelt sowie eine zentrale landeseinheitliche Software-Lösung eingesetzt wird. Letzteres hat den großen Vorteil, dass die beteiligten Kommunen keine technischen und administrativen Ressourcen für den Rechenzentrumsbetrieb bereitstellen müssen. Auf dieser Grundlage verfolgen wir in Rheinland-Pfalz das Ziel, den D115-Bürgerservice weiter auszubauen. Bis Ende 2010 fördert das Land den Ausbau von D115 aus Finanzmitteln des Konjunkturpaketes II. Es haben sich auch bereits weitere interessierte

Grundsätzlich sehen wir zwischen den Bundesländern keine Konkurrenzsituation. Im Vordergrund stehen bei uns eher die Chancen, die ebenen- und länderübergreifende Kooperationen bieten. Die technische Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in Rheinland-Pfalz hat allerdings gezeigt, dass wir mit unserer rlp-Middleware bereits über eine sehr gute Basisinfrastruktur verfügen und im Bereich E-Government generell gut aufgestellt sind. Projekte wie D115 machen jedoch deutlich, wie wichtig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist und sein wird.

Welche E-Government-Projekte sind für 2011 vorgesehen?

Grundsätzlich werden wir an die erfolgreiche E-Government-Strategie der vergangenen Jahre anknüpfen und diese an die wach-

dieses Konzeptes auf dem Handlungsplan des kommenden Jahres stehen. Darüber hinaus werden wir das 2010 begonnene umfassende Auskunftssystem für behördliche Dienstleistungen mit integriertem Zuständigkeitsfinder – bus.rlp.de – weiter voranbringen. Im Hinblick auf die Möglichkeiten, die der neue Personalausweis bietet, werden wir prüfen, ob und wie die existierenden E-Government-Verfahren angepasst werden müssen. Der künftigen Verwendung der Authentifizierungsmerkmale, wie zum Beispiel des elektronischen Identitätsnachweises, wird in Rheinland-Pfalz eine hohe Bedeutung zugeschrieben. In den vergangenen vier Jahren haben wir zudem Projekte zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung durch E-Partizipation und der Erreichbarkeit der Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft begonnen, die wir 2011 fortsetzen werden. ▶

Welche Trends sehen Sie bei der Verwaltungsmodernisierung für die Zukunft?

Verwaltungsmodernisierung begreifen wir in Rheinland-Pfalz als einen ständigen Prozess. In den nächsten Jahren wollen wir vor allem eine noch effektivere und effizientere Verwaltung, eine stärkere Adressatenorientierung, die Erhöhung der Standortattraktivität sowie mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung erreichen. E-Government wird bei dieser Weiterentwicklung eine wichtige Rolle spielen. Der Einsatz von Dokumenten-Management-Systemen wird uns helfen, die Informationsflut zu beherrschen, E-Learning und IT-gestütztes Wissensmanagement werden die Entwicklung hin zu einer intelligenten Verwaltung unterstützen. Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie hat wichtige Impulse für die weitere Modernisierung der Verwaltung durch Einheitliche Ansprechpartner gegeben, bei denen auch eine elektronische Verfahrensabwicklung aus einer Hand möglich ist. Das One Stop Government wird aber erst der Anfang sein. Die Verwaltung der Zukunft wird zunehmend auch direkt auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen müssen. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird die Verwaltung

langfristig nicht mehr an allen bisherigen Standorten präsent sein können. Hier bietet E-Government als ortsungebundene Technologie ein immenses Potenzial. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass nicht alle Menschen diese Technologie nutzen können oder wollen und dass es Menschen gibt, denen die Wege zu den Behörden aufgrund von Alter, Krankheit oder einer Behinderung nicht zugemutet werden können. Deshalb testet Rheinland-Pfalz bereits heute in einem zweijährigen Modellversuch in 15 Städten und Verbandsgemeinden einen mobilen Bürgerservice. Dabei kommt ein Bürgeramtskoffer zum Einsatz, der zum Beispiel Notebook, Drucker, Farb-Scanner, Fingerabdruck- und Signaturkartenleser, EC-Bezahl-Terminal, Digitalkamera und Handy enthält. Die Verwaltungsmitarbeiter können damit direkt vor Ort beispielsweise einen Pass verlängern oder Eintragungen auf der Lohnsteuerkarte ändern. Das Projekt vereint somit auf ideale Weise den Vor-Ort-Service und den persönlichen Kontakt mit innovativen mobilen Technologien. Zukünftig müssen wir auch die Möglichkeiten, die uns die elektronische Kommunikation bietet, noch konsequenter für Prozess- und Strukturveränderungen nutzen. Mit E-Workflow wird sich die Verwaltung der Zukunft dann weniger an Zuständigkeiten, als vielmehr an Arbeitsprozessen orientieren. Die Bürger werden die Handlungsebenen und Zuständigkeitswechsel langfristig kaum noch wahrnehmen. Gleichwohl wird es wichtiger, dass sich die Einwohner mit ihrer Gebietskörperschaft und deren Verwaltung identifizieren. Im Zuge der fortschreitenden Globalisierung gibt die überschaubare lokale Ebene den Menschen Halt

und Orientierung. Deshalb ist es von Bedeutung, gerade hier die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger auszubauen. Neue elektronische Kommunikationsplattformen werden Information, Interessenausgleich und Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen ermöglichen. Dadurch wird auch eine höhere Akzeptanz der Verwaltungsentscheidungen erreicht und das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen gestärkt.

Inwiefern werden das Web 2.0 und die Anforderungen der Digital Natives die Verwaltungsarbeit verändern?

Die Verwaltung wird sich künftig sowohl extern als auch intern vermehrt dem Einsatz von Web-2.0-Technologien widmen müssen. Der Anteil der Digital Natives, die mit dem PC aufgewachsen sind, steigt sowohl innerhalb der Gesamtbevölkerung als auch unter den Mitarbeitern der Verwaltung. Diese Generation sieht im World Wide Web ein Medium, das erst durch Interaktion und Partizipation zum Leben erweckt wird. Mit diesen Anforderungen muss auch die Verwaltungsarbeit Schritt halten. Für die Verwaltungsarbeit bedeutet das nicht zuletzt, entsprechende Transparenz zu schaffen sowie Partizipationsmöglichkeiten anzubieten. Für die politischen Entscheidungsträger ergibt sich die Chance, durch Bürgerbeteiligung nachvollziehbare, bessere und allgemein akzeptierte Entscheidungen zu treffen. Ein Beispiel sind die Bürgerhaushalte, etwa in der Stadt Trier. Gerade Web-2.0-Technologien können solche Beteiligungsprozesse maßgeblich unterstützen.

Interview: Alexandra Reiter

Link-Tipp

Ausführliche Informationen zu E-Government in Rheinland-Pfalz sowie zu aktuellen Projekten finden sich auf der Website der Zentralstelle für IT und Multimedia des Innenministeriums des Landes:

- www.zukunft.rlp.de

Weitere Links finden Sie unter www.kommune21.de.